

Zeigen Sie Widerstand!

Der Widerstand gegen die Braunkohlevorhaben in unserem Land formiert sich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen Bürgerinitiativen vor Ort und bilden gemeinsam mit ihnen und Umweltschützern das Aktionsbündnis „Zukunft statt (Braun)Kohle“. Auch Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, können dazu beitragen, dass es keine neuen Braunkohle-Kraftwerks-Dreckschleudern und keine neuen Tagebaue gibt.

- Informieren Sie Freunde, Nachbarn und Bekannte über die Thematik. Schaffen Sie öffentliches Bewusstsein!
- Suchen Sie Kontakt zu den Bürgerinitiativen, unterstützen Sie diese!
- Schreiben Sie Leserbriefe in der Zeitung, machen Sie auf die Problematik aufmerksam!
- Schreiben Sie an die Mibrag, äußern Sie Ihren Unmut!
- Verhindern Sie Probebohrungen! Geben Sie keine Zustimmung für Erkundungsbohrungen auf Ihrem Grundstück (§ 39 Abs. 1 Satz 1 des Bundesberggesetzes)! Sowohl private Grundstückseigentümer als auch öffentliche Grundstückseigentümer (z.B. Gemeinden, Städte, Landkreise, Kirchengemeinden) sollten ihre Zustimmung verweigern bzw. gegebenenfalls widerrufen.
- Suchen Sie Einflussmöglichkeiten auf den Landesentwicklungsplan, etwa über Landtagsabgeordnete, Umweltverbände und Bürgerinitiativen, so dass ihre Heimat nicht zu einem Vorranggebiet für Braunkohletagebaue „erkoren“ wird!
- Wechseln Sie Ihren Stromlieferanten! (Infos zu Ökostromanbietern: www.atomausstieg-selber-machen.de)

Alternativen zur Braunkohle

Alle Bausteine für die längst überfällige Energiewende stehen zur Verfügung – Sonne, Wind, Wasser und Biomasse sind saubere Energieproduzenten, die ökonomische Vorteile und zukunftsfähige Arbeitsplätze bringen. Wegfallende Kraftwerkskapazitäten sind zu ersetzen durch:

- den Ausbau erneuerbarer Energien
- massive Energieeinsparung (durch Energiesparlampen, kleinere Autos, Heizungsabsenken in Nichtnutzungszeiten)
- Einsatz von hocheffizienten Technologien wie Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen

Erfordernisse für den Klimaschutz

Bündnisgrünes Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 40 Prozent des CO₂-Ausstoßes zu reduzieren – bezogen auf 1990. Die Bundesregierung muss den Erfordernissen für den Klimaschutz Rechnung tragen. Wir fordern ein einschneidendes Maßnahmenpaket:

- Schluss mit der Bevorzugung der Kohle beim Emissionshandel
- eine am CO₂-Ausstoß orientierte Kfz-Steuer
- verbindliche Verbrauchsgrenzen für Pkw
- ein Gesetz zur Förderung von Wärme aus erneuerbaren Energien
- einen Klimaschutzfonds für mehr Energieeffizienz in Unternehmen und Haushalten
- mehr Geld für Forschung und Markteinführung der erneuerbaren Energien

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt
Otto-von-Guericke-Straße 42a
39104 Magdeburg
Tel. 0391/4015539
www.gruene-sachsen-anhalt.de
v.i.S.d.P Claudia Klupsch
Fotos: www.flickr.com

DICKE LUFT, NEIN DANKE!

**Kein Zurück in die Kohle!
Energiewende jetzt!
Klimaschutz sofort!**



**Argumente gegen den
klimafeindlichsten Energieträger**
www.gruene-sachsen-anhalt.de

Allen Klimaschutzzielen zum Trotz erleben wir eine Renaissance der Kohle. Besonders bedenklich ist der Klimakiller Braunkohle. Energiekonzerne wittern Profit und wollen die Nutzung des klimaschädlichsten aller fossilen Energieträger ausbauen. Sie schmieden auch in Sachsen-Anhalt Pläne für neue Tagebaue und Kraftwerke. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern: Kein Zurück in die Braunkohlesteinzeit! Klimaschutz jetzt! Auf erneuerbare Energien setzen!

Klimakiller Braunkohle

Der Klimawandel ist eine gewaltige Herausforderung. Global muss es darum gehen, den Ausstoß der Treibhausgase bis Mitte des Jahrhunderts mindestens zu halbieren. Mit der Verbrennung von Braunkohle werden derzeit 25 Prozent des deutschen Stroms erzeugt. Dabei ist Braunkohle der mit Abstand klimaschädlichste Energieträger. Selbst das modernste Braunkohlekraftwerk stößt im Vergleich zu Gaskraftwerken doppelt so viel Kohlendioxid aus – mehr als 800 Gramm pro Kilowattstunde. Es erreicht nur einen Wirkungsgrad von 43 Prozent, das heißt, 57 Prozent der Energie geht ungenutzt durch den Schornstein.

Keine neuen Braunkohlekraftwerke!

EnBW und Mibrag planen in **Profen** (bei Zeitz) ein neues Kraftwerk. Es würde 2015 ans Netz gehen und bis 2050 laufen. Von weiteren Standorten ist die Rede, zum Beispiel von Egel. Die Energiewirtschaft verspricht uns, ihre Emissionen mit neuartigen Kraftwerken zu reduzieren. Nur sie tut es nicht! CO₂-Abscheidung heißt das neue Zauberwort, mit dem Kraftwerksbetreiber ankündigen, das CO₂ abscheiden und in unterirdischen Speichern lagern zu

wollen. Erfolgreiche Praxiserfahrungen gibt es noch nicht. Das neue Kraftwerk in Profen ist jedenfalls ohne diese Abscheidung vorgesehen. Die Energiekonzerne streuen uns Sand in die Augen und erwecken den Eindruck, als gäbe es schon Kraftwerke von morgen – doch leider bauen sie immer noch welche von gestern. **Unser NEIN zu neuen Kohlekraftwerken!**

Keine neuen Mondlandschaften!

Braunkohlenutzung pustet nicht nur Unmengen Kohlendioxid in die Atmosphäre und trägt zur Klimaerwärmung bei, sie sorgt auch in erheblichem Umfang für Landschaftsverbrauch, Ressourcenschwund, Arbeitslosigkeit und Grundwasserknappheit.



Durch Braunkohletagebaue wurden deutschlandweit bisher etwa 2.300 Quadratkilometer Landschaft vernichtet. Ganze Dörfer fielen den Baggern zum Opfer.

Die Mibrag, die zu den US-Konzernen Washington Group International und NRG Energy gehört, hat es auf Braunkohlelagerstätten in der Egelner Südmulde (Landkreis Aschersleben-Staßfurt) und in Lützen (Landkreis Weißenfels) abgesehen.

2010 soll für die **Egelner Südmulde** entschieden werden, ob hier ab 2030 einer der größten ostdeutschen Tagebaue aufgerissen wird. Er würde Dreiviertel der Äcker in der Region mit der Bodenzahl 90 (einer der besten in Deutschland) zerstören. Der Wert der Grundstücke sinkt, Investoren sind verunsichert. Von der Absenkung des Grundwasserspiegels wären neun Ortschaften mit insgesamt 20.000 Einwohnern betroffen. Äcker würden trocken fallen, der erfolgreiche Anbau von Zuckerrüben wäre unmöglich. Zu befürchten sind Auswirkungen auf den Elbe-Pegel und Schäden für das nahegelegene Naturschutzgebiet Hakel. Drei neue Biogasanlagen würden dem Tagebau zum Opfer fallen.

Ein geplanter Tagebau bei **Lützen** bedroht Dörfer wie Röcken und Sössen. Beispiel Röcken: Die Heimat von 600 Menschen ist in Gefahr, von schwerem Gerät niedergewalzt zu werden. Die Probebohrungen entscheiden, ob die Gemeinden ab dem Jahr 2025 abgebaggert werden. Kulturell wertvolle Orte, wie etwa Geburtshaus, Taufkirche sowie Grabstätte des Philosophen Friedrich Nietzsche drohen, verloren zu gehen.

